



Foto: 123RF/yarruta

Foto: AFP/Phil Moore



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 12. Dezember 2017

72. Jahrgang/Nr. 289

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Waffen-Irrsinn

René Heilig fragt nach deutschen Beiträgen für Entspannungspolitik

Die Spannungen um Nordkorea, die Kriege in Syrien, Irak, Libyen und Jemen, die längst keine inneren Konflikte mehr sind, die Aufrüstung dies- und jenseits der NATO-Russland-Grenzen, die Geiselnahme der Ostukraine, die sich zuspitzenden politisch-ökonomischen Streitigkeiten in Südostasien sowie die Kämpfe gegen Menschen und für Rohstoffe in Afrika – all das treibt die Umsätze der Waffenhersteller nach oben. Und mit jedem Gerät, das geeignet ist, irgendwo auf der Welt menschliches Leben massenhaft auszulöschen, steigt die Angst noch Unbeteiligter.

Die Folge? Die Nachfrage nach Mordwerkzeug steigt noch rasanter. Kontroll- und Abrüstungsmechanismen, mit denen man in Europa und im Verhältnis zwischen den USA und der einstigen Sowjetunion gute Erfahrungen gemacht hat, gibt es kaum. Wohl aber kollektive Verpflichtungen zu noch mehr Wahnsinn. Jedes NATO-Mitglied soll zwei Prozent seines Bruttoinlandsproduktes fürs Militär ausgeben. Gerade hat auch die EU eine neue Stufe der militärischen Kooperation besiegelt. Dabei nimmt Deutschland mit Frankreich Führungspositionen ein. Freilich nur, so heißt es, weil man sich gegen äußere Bedrohungen verteidigen muss. Die Behauptung wäre glaubhafter, wenn man sich mit gleichem Engagement dem Kampf um Rüstungsbeschränkungen und Vertrauensbildung verschreiben würde. Doch das geschieht weniger denn je. Deutschland ist nicht einmal bereit, die wahnwitzigsten aller Waffen zu ächten – und die Atombomben vom eigenen Territorium zu verbannen.

UNTEN LINKS

Haben Sie heuer schon einen Blick auf die **Weihnachtsmärkte** geworfen? Während man bezeichnenderweise in Berlin lediglich die Auswahl hat zwischen Speisen, die stundenlang in Bratfett gesotten wurden und nach Klärschlamm schmecken, und einer nach Haarspray und Bremsflüssigkeit riechenden, an den Verkaufständen clever als »Glühwein« angebotenen Chemikalie, werden auf anderen Jahresendmärkten im Bundesgebiet, im Allgäu etwa, Köstlichkeiten wie Kässpätzle, Schupfnudeln, »Dinede« (eine raffinierte Art Flammkuchen) und feinste Apfelküchle feilgeboten. In der auf dicke Hose machenden und schamlos ihre vermeintliche Wichtigkeit hinausposaunenden »Hauptstadt« Berlin hingegen Fehlzanzeige bzw. Pustekuchen: Weit und breit nur trostlose Buden, an denen ungesund aussehende Berliner Ureinwohner und andere vom toxischen »Glühwein« versehrte Barbaren mittels Grunz- und Rülpsstechniken kommunizieren. Schlimm! *tbl*

ISSN 0323-3375



Siemens: Es wird schmerzhaft

Konzern beharrt auf massenhaftem Jobabbau / Auftrag für Kraftwerke in Libyen



Protest von Siemens-Angestellten in Görlitz

Foto: dpa/Nikolai Schmidt

Berlin. Wer sich vom Treffen von Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD) und Vertretern der Länderwirtschaftsministerien mit dem Siemens-Management schnelle Entscheidungen oder gar eine Rücknahme der Jobbaupläne beim Großkonzern erhofft hatte, wurde am Montag enttäuscht. Bund und Länder wollten bei einem zweiten Treffen mit dem Siemens-Vorstand im Frühjahr ausloten, wie sie beim Umbau des Unternehmens helfen könnten, lautete das einzige öffentliche Ergebnis. Stellenabbau und Werksschließungen, etwa in Leipzig oder in Görlitz, wo Siemens neben dem Waggonbauer Bombardier

der einzige große Arbeitgeber ist, sind damit nicht vom Tisch. Zypries sagte, staatliche Hilfen – etwa Qualifizierungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit – seien denkbar.

Auch Siemens übte sich in Beschwichtigungsrhetorik: »Es ist uns klar, dass die Einschnitte, die wir geplant haben, sehr schmerzhaft sind und dass das Sorgen und Verunsicherung auslöst«, sagte Personalvorstand Janina Kugel. Die Zukunft der Standorte sei aber »zunächst ein innerbetriebliches Thema«. Der Elektrokonzern hatte angekündigt, 6900 Stellen wegen schlechter Auftragslage in der Kraftwerkssparte abbauen zu wollen, davon etwa

die Hälfte in Deutschland. Die Beschäftigten argumentieren dagegen, dass die Auftragslage gut sei. Die ostsächsische Stadt Görlitz fürchtet bei einem Weggang des Konzerns deutliche wirtschaftliche Verluste.

Unterdessen wurde bekannt, dass Siemens einen Großauftrag aus Libyen für den Bau zweier Kraftwerke erhalten hat. Das Volumen liegt bei rund 700 Millionen Euro, wie das Unternehmen am Montag mitteilte. Der Auftrag aus Libyen sei wichtig für die Auslastung und Teil der Planung, erklärte Siemens-Chef Joe Kaeser. Als Anzeichen für eine Markterholung sieht er ihn hingegen nicht. *grg* Seite 3

Fast 375 Milliarden Dollar für Mordwerkzeug

Die 100 größten Rüstungskonzerne, darunter deutsche Firmen, steigern Umsatz seit 2002 um 38 Prozent

Die Umsätze der 100 größten Rüstungshersteller sind erstmals seit 2010 wieder gestiegen. In der Analyse des SIPRI-Friedensforschungsinstituts tauchen auch drei deutsche Konzerne auf.

Von René Heilig

Laut dem Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) lag 2016 das Gesamtvolumen der Waffenverkäufe und militärischen Dienstleistungen der weltweit einhundert führenden Rüstungsunternehmen bei 374,8 Milliarden Dollar (317,9 Milliarden Euro). Das ist eine Steigerung um 1,9 Prozent im Vergleich zu 2015. Gemessen an den Werten von 2002, als SIPRI mit dieser Exportanalyse begonnen hat, konstatieren die Forscher sogar ein Wachstum um 38 Prozent.

US-Konzerne sind mit Abstand die größten Profiteure. Auf sie entfallen knapp zwei Drittel der weltweiten Waffenverkäufe. Sie mach-

ten 2016 einen Wert von 217,2 Milliarden Dollar aus. Das entspricht einem Zuwachs von vier Prozent gegenüber 2015. Insbesondere US-Unternehmen hätten »jegliche Hemmungen verloren, ihre todbringenden Waren auch in Krisengebiete zu verkaufen«, kritisiert Stefan Liebich, Außenpolitikexperte der Bundestagslinksfraktion. So wird Saudi-Arabien, das derzeit in Jemen Krieg führt und generell die Auseinandersetzung mit der Regionalmacht Iran forciert, in den kommenden zehn Jahren US-Waffen für 350 Milliarden Dollar erhalten.

Europäische Firmen verkaufen Geräte im Gesamtvolumen von 91,6 Milliarden Dollar. Das ist ein Zuwachs um 0,2 Prozent gegenüber 2015. Die acht unter den Top 100 gelisteten britischen Unternehmen legten insgesamt um zwei Prozent zu, ihr Anteil am Gesamtvolumen betrug 9,6 Prozent.

Überdurchschnittlich verdienten deutsche Unternehmen. Sie

legten im internationalen Vergleich um 6,6 Prozent zu und erzielten einen Gesamtumsatz von sechs Milliarden US-Dollar. Die Auftragsbücher von Krauss-Maffei Wegmann und Rheinmetall sind übervoll. Beide streben nun Ko-

Überdurchschnittlich verdienten deutsche Unternehmen. Sie legten um 6,6 Prozent zu.

operationen insbesondere mit französischen Firmen an, um am von der NATO und der EU ausgelösten Rüstungsboom und an den von Brüssel ausgereichten Forschungsmitteln zu verdienen. Unter den von SIPRI gelisteten Unternehmen sind auch zwei trans-europäische Konzerne mit deutscher Beteiligung. Airbus, eine Fir-

ma, die durch die Pannen am Militärtransporter A400M Schlagzeilen macht, liegt auf Rang 7, MBDA belegt Platz 25.

Nicht erfasst in den SIPRI-Studien sind immaterielle und damit zumeist staatlich erbrachte Leistungen. Beispielsweise studieren an der Bundeswehr-Führungsakademie ständig rund einhundert ausländische Offiziere aus etwa 50 Nationen. Insgesamt haben bislang rund 3000 ausländische Militärs aus über 100 Ländern an der Hamburger Bildungsstätte gelernt. Auch an den Bundeswehr-Universitäten und den Offiziersschulen sowie im Ausland findet Wissenstransfer statt, der eine notwendige Ergänzung zu den Rüstungslieferungen ist.

Während Union und SPD am Montag kaum auf die SIPRI-Analyse reagierten, forderte Liebichs Linksfraktions-Kollegin Sevim Dagdelen von der Bundesregierung ein generelles Rüstungsexportverbot. Seite 7

Putin kündigt Truppenabzug an

Russische Soldaten sollen sich zum Großteil aus Syrien zurückziehen

Moskau. Der russische Präsident Wladimir Putin hat bei einem überraschenden Besuch in Syrien den Rückzug eines Großteils der russischen Truppen aus dem Bürgerkriegsland angeordnet. Erstmals seit Beginn des russischen Militäreinsatzes in Syrien besuchte Putin die Luftwaffenbasis Hamaimim in der Provinz Latakia. Dort gab er Order zur Einleitung des Rückzugs, meldeten die Agenturen Tass und Interfax am Montag. Auf dem Stützpunkt habe Putin auch den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad getroffen.

Russland gilt als militärische Schutzmacht der syrischen Regierung. Seit September 2015 fliegt das russische Militär Luftangriffe und unterstützt damit die syrische Armee. Erst im vergangenen November hatte Putin den syrischen Machthaber Assad überraschend in Sotschi empfangen. Dabei hatte der russische Präsident bereits angedeutet, dass sich der Militäreinsatz in dem Land dem Ende näherte. Später am Montag wurde Putin zu Gesprächen in der Türkei und in Ägypten erwartet. *dpa/nd*

EU-Staaten bilden Verteidigungsunion

17 gemeinsame Militärprojekte wurden am Montag beschlossen

Brüssel. Die EU hat eine verstärkte Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik gestartet. Die EU-Außenminister beschlossen am Montag bei ihrem Treffen eine neue Form der Kooperation, die Europas Verteidigung über gemeinsame Militärprojekte vorantreiben soll, wie der EU-Rat mitteilte. Daran beteiligen sich 25 der 28 EU-Staaten. Nicht mit dabei sind Großbritannien, Malta und Dänemark. Beschlossen wurden vorerst 17 Militärprojekte.

Deutschland übernimmt bei vier von ihnen die Führung, so bei der Schaffung eines EU-Sanitärkommandos, eines Netzwerkes von Logistikdrehscheiben, eines Zentrums für Trainingsmissionen sowie einer Initiative zum Aufbau schnellerer Krisenreaktionskräfte. Weitere Projekte dienen der Entwicklung von militärischen Tauchrobotern und gepanzerten Fahrzeugen, einer besseren Seeraumüberwachung in Südosteuropa, der Katastrophenhilfe und dem Austausch von Geheimdienstinformationen zu Cyber-Bedrohungen. *AFP/nd*

Venezuela schließt Opposition aus

Präsident Maduro will mehreren Parteien Wahlteilnahme untersagen

São Paulo. Venezuelas Präsident Nicolás Maduro will die wichtigsten Oppositionsparteien von der Präsidentenwahl im kommenden Jahr ausschließen. Er begründete dies mit dem Boykott der Opposition bei den Bürgermeisterwahlen vom Sonntag. Eine Partei, die zum Boykott aufrufe, könne nicht zu einer anderen Wahl antreten, sagte Maduro laut der Tageszeitung »El Universal«. Das habe die Verfassungsgebende Versammlung so beschlossen. Drei der vier größten Oppositionsparteien hatten die Wahl boykottiert.

Von dem Ausschluss sind unter anderem die Parteien der bekanntesten Oppositionspolitiker Henrique Capriles und Leopoldo López betroffen. Das Oppositionsbündnis MUD sprach am Sonntag von Unregelmäßigkeiten und fehlender Transparenz bei den Bürgermeisterwahlen. Die Beteiligung sei gering gewesen. Offiziellen Schätzungen zufolge nahmen 47 Prozent der Wähler an der Abstimmung teil. Maduro zufolge gewann seine sozialistische Regierungspartei 300 von 335 Bürgermeisterposten. *epd/nd*